

Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

24. April 2018

Nr. 2018-222 R-362-28 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2016 und 2017

Nach Artikel 97 Absatz 2 Buchstabe g der Verfassung des Kantons Uri (RB 1.1101) hat der Regierungsrat dem Landrat regelmässig Rechenschaft abzulegen über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Der Regierungsrat erfüllt diesen Auftrag, indem er alle zwei Jahre einen Rechenschaftsbericht der kantonalen Verwaltung der vergangenen zwei Jahre vorlegt.

In seiner Sitzung vom 22. Februar 1984 hat der Landrat den Regierungsrat verpflichtet, jeweils im Rechenschaftsbericht den Stand der materiellen Behandlung der noch hängigen parlamentarischen Vorstösse auszuweisen. Dies erfolgt im vorliegenden Rechenschaftsbericht 2016/2017 mit der Tabelle Nr. 2, bereinigt auf den Stand 1. Januar 2018. Schliesslich ermächtigt der Landrat den Regierungsrat, im Rahmen des Rechenschaftsberichts parlamentarische Vorstösse abzuschreiben. Eine Umfrage bei den Direktionen hat ergeben, dass die in der Beilage erwähnten Motionen, das Postulat und die Parlamentarischen Empfehlungen formell und materiell erledigt, jedoch noch nicht abgeschrieben sind. Dem Landrat wird demzufolge beantragt, die in der Beilage aufgeführten parlamentarischen Vorstösse auf den 1. Januar 2018 als formell und materiell erledigt abzuschreiben. Der Abschreibungsgrund ist beim Vorstoss angeführt.

Antrag

Gestützt darauf beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2016 und 2017 wird genehmigt.
2. Die in der Beilage aufgeführten parlamentarischen Vorstösse werden auf den 1. Januar 2018 als formell und materiell erledigt abgeschrieben.

Beilage

- Parlamentarische Vorstösse, die im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf 1. Januar 2018 als formell und materiell erledigt abgeschrieben werden

Parlamentarische Vorstösse, die im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf den 1. Januar 2018 als formell und materiell erledigt abgeschrieben werden

Motion Urban Camenzind, Bürglen

zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Uri

Eingereicht: 11. Februar 2009
Erheblich erklärt: 16. Dezember 2009

Abschreibungsgrund

Am 23. November 2017 wurden die Schlussergebnisse des Modellvorhabens «Wohnraumförderung» vorgestellt. Detaillierte Informationen dazu sind der Plattform www.ur.ch/wohnraumfoerderung zu entnehmen.

Motion Christian Arnold, Seedorf

zu Anpassung der kantonalen Waldverordnung

Eingereicht: 23. April 2014
Erheblich erklärt: 19. November 2014

Abschreibungsgrund

Der Landrat hat am 31. August 2016 mit der Änderung der kantonalen Waldverordnung (KWV; RB 40.2111) der Einführung von statischen Waldgrenzen zugestimmt.

Motion Toni Gamma, Gurnellen

für eine Lösung des Problems fehlender Fussballplätze

Eingereicht: 13. April 2016
Erheblich erklärt: 31. August 2016

Abschreibungsgrund

Der Landrat hat am 4. Oktober 2017 den Kantonsbeitrag für Kunstrasenspielfelder in Erstfeld, Schattorf und Altdorf beschlossen.

Postulat Thomas Arnold, Flüelen

zu «Uri und die Folgen der Klimaerwärmung»

Eingereicht: 20. Dezember 2006
Überwiesen: 4. April 2007

Abschreibungsgrund

Am 13. September 2011 hat der Regierungsrat die Klimastrategie des Kantons Uri «Umgang mit dem Klimawandel» verabschiedet. Die Klimastrategie des Kantons Uri umfasst die vier Handlungsfelder Anpassung, Vermeidung, Wissensbildung und Information. Diese Strategie wird seit 2011 schrittweise und bedarfsgerecht umgesetzt. So hat der Kanton Uri den Klimabericht Urschweiz initiiert und 2013 publiziert. Weiter hat der Kanton basierend aus den Erkenntnissen des Bundes Anpassungsmassnahmen erarbeitet und an verschiedenen Klimaprojekten, die den Alpenraum direkt betreffen, aktiv mitgewirkt. Die Umsetzung der Klimastrategie ist eine Daueraufgabe aller betroffenen Fachstellen, aber insbesondere der Umweltfachstelle des Kantons Uri. In der Zwischenzeit werden die Erkenntnisse und Folgen des Klimawandels bei allen betroffenen Aufgaben des Kantons (Naturgefahren, Landwirtschaft, Landschaftsschutz, Tourismus, Wasserkraft, Umweltschutz, Forstwirtschaft usw.) mitberücksichtigt.

Parlamentarische Empfehlung Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf

zum Urner NEAT-Halt auch für Fahrgäste aus Nid- und Obwalden

Eingereicht: 17. November 2010

Überwiesen: 20. April 2011

Abschreibungsgrund

Seit dem Fahrplanjahr 2017 verkehren an den Wochenenden zu den GBT-Zugshalten in Flüelen Schnellbusverbindungen «Gotthard-Riviera Express» von Stans nach Flüelen und zurück. Es ist vorgesehen, diese Schnellbusverbindungen auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Kantonsbahnhofs in Altdorf auszubauen.

Parlamentarische Empfehlung Dr. Toni Moser, Bürglen

zur Optimierung der Notfallversorgung in Uri

Eingereicht: 15. Dezember 2010

Überwiesen: 20. April 2011

Abschreibungsgrund

Am 23. Juni 2015 schloss der Regierungsrat mit dem Kantonsspital eine neue Programmvereinbarung über die Sicherstellung der strassengebundenen rettungsdienstlichen Versorgung im Kanton Uri ab. Seit April 2016 betreibt das Kantonsspital je einen Rettungsdienst-Stützpunkt in Altdorf und in Andermatt. Letzterer wird während einer dreijährigen Versuchsphase im Tagesbetrieb geführt, nachdem die Armee das militärische Notspital aufgehoben hat. Die Programmvereinbarung enthält auch die erforderlichen Bestimmungen zur Qualität des Rettungsdiensts.

Zwischen dem Kantonsspital und der Ärztesgesellschaft Uri fanden in den vergangenen Jahren verschiedene Gespräche zur Koordination des ärztlichen Notfalldiensts statt. Dieser wird inzwischen während der Nachtzeit zusammengelegt und durch das Kantonsspital sichergestellt. Eine vollständige Zusammenlegung der Notfalldienste wurde geprüft, fand aber bisweilen nicht die notwendige gross-

mehrheitliche Zustimmung der niedergelassenen Arztpersonen.

Die Anliegen der Parlamentarischen Empfehlung sind erfüllt.

Parlamentarische Empfehlung Matthias Steinegger, Flüelen
zu Sanierung des Gotthardstrassentunnels

Eingereicht: 26. August 2015
Überwiesen: 9. Dezember 2015

Abschreibungsgrund

Die Parlamentarische Empfehlung bezieht sich auf die Haltung des Regierungsrats zur Volksabstimmung zur 2. Gotthardröhre vom 28. Februar 2016. Mit der Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG; SR 725.14) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) wurde sie gegenstandslos.

Parlamentarische Empfehlung der FDP-Fraktion (Matthias Steinegger, Flüelen)
zu Wirtschaftsförderung und Standortpflege im Kanton Uri

Eingereicht: 14. Dezember 2016
Überwiesen: 24. Mai 2017

Abschreibungsgrund

Der Regierungsrat hat die Wirtschaftsförderungsstrategie im Januar 2017 verabschiedet und publiziert.

Parlamentarische Empfehlung Dr. Toni Moser, Bürglen
zu «Flüchtlinge - Beschäftigung und Integration»

Eingereicht: 31. August 2016
Überwiesen: 19. April 2017

Abschreibungsgrund

Die langfristige soziale und berufliche Integration der ausländischen Bevölkerung ist dem Kanton Uri ein wichtiges Anliegen. Verschiedene Massnahmen mit integrativer Wirkung für Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich sind in Umsetzung. Für Asylsuchende organisiert das SRK gemeinsam mit den Urner Gemeinden und Organisationen heute schon Beschäftigungseinsätze. Für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge werden im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms 2018 bis 2021 Massnahmen der arbeitsmarktlichen Integration aus- und aufgebaut. Ein Integrationskurs wird seit August 2017 mit dem integrativen Brückenangebot am bwz uri angeboten. Bis dato nicht vorhanden ist die Sommerschule für Kinder und Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich; der Pilotversuch soll indes im Sommer 2018 stattfinden.

